

Prof. Dr.jur. Dr.-Ing. E.h.
DIETER SPETHMANN
Rechtsanwalt
Donnerstag, den 12. Mai 2011

Herrn
Jörg Schönenborn
Chefredakteur WDR Fernsehen
Köln

Ihre gestrige Energie-Sendung

Lieber Herr Schönenborn,

vielen Dank für die Sendung, die in mehrfacher Hinsicht informativ war.

Bisher ist der deutsche Bürger frei in allen Entscheidungen, die seinen Energieverbrauch betreffen. Dazu gehört Art 1 GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Röttgen hingegen will etwas anderes: Zwangsinvestitionen des Hauseigentümers zwecks Senkung des Energieverbrauchs, und das auf eigene Kosten und Risiko. Ich bin sicher, dass das BVerfG solches nicht durchgehen lassen wird. Aber Erfahrungen bei anderen Themen („Euro“) legen mir nahe, nicht auf Karlsruhe zu warten. Deshalb diese Bemerkungen.

Erstens. Es gibt auf der Welt keine Knappheit an Energie, auch nicht in voraussehbarer Zukunft. Deshalb gibt es auch keinen legalen oder legitimen Grund, den deutschen Bürger in seiner Wahlfreiheit einzuschränken. Das betrifft Art, Menge und Preis seines Energieverbrauches. Wer also einen Bentley fahren möchte (ich nicht), möge das tun. Er sichert übrigens Arbeitsplätze, in England und in Deutschland. Auch hilft er mit, Spitzentechnologie für den Kleinwagen vorher anderswo auszuprobieren.

Zweitens. Die deutsche Politik ist frei, ihre eigenen „Eckwerte“ zum Thema Energie vorzugeben. Solange sich solche innerhalb des GG bewegen, müssen sie von jedermann respektiert werden.

Drittens. Will die deutsche Politik keinen Atomstrom mehr, müssen die Bürger dem folgen. Dass westlich von uns (von daher kommt an mehr als 300 Tagen der Wind) mehr als 60 AKW laufen, davon allein 58 in Frankreich, und dass im Osten AKW hinzugebaut werden, relativiert Begründung und Folgen der deutschen Politik, gibt aber dem Bürger kein Recht zum Einspruch.

Viertens. Will die deutsche Politik weniger CO₂-Darbietung im Inland, steht sie nach meiner Ansicht faktisch und rechtlich vor unüberwindbaren Problemen. Wissenschaftlich liegt ein Nachweis anthropogener CO₂-Produktion auf das Klima bisher nicht vor (siehe Fußnote). Wirtschaftlich würde eine Umsetzung der „EU-Vorgaben 2050“ z.B. dazu führen, die deutsche Stahlproduktion von z.Zt. etwa 45 Mio Jahrestonnen auf nur noch 14 zu senken. Das wäre – von vielem anderen gar nicht erst zu reden – auch das Ende unserer Automobilindustrie, wie wir sie kennen. Also wäre es selbstmörderisch. Auf dem Weg von hier nach da würde es in Deutschland wegen rasch

Adresse/Address: 40547 Düsseldorf, Kaiser-Friedrich-Ring 72
Telefon Office (0211) 478.4916 Fax Office (0211) 478.4949
Telefon Home (0211) 588217 Fax Home (0211) 575891
eMail: DieterSpethmann@aol.com - Internet: <http://www.eurospethmann.de>

zunehmender Arbeitslosigkeit zu zivilen Unruhen kommen, siehe Ihre gestrige „Tagesschau“ mit dem Hinweis auf die Proteste der griechischen Bürger gegen die von der EU verhängten Euro-Maßnahmen. Rechtlich würde solche Politik in mehrfacher Hinsicht gegen das GG verstoßen, außerdem aber die These stützen „Deutschland schafft sich selbst ab.“ Deshalb möchte ich zu dem politischen Aberwitz des angeblichen CO2-Problems hier nichts weiter sagen.

Fünftens. Insoweit sich als Folge deutscher Politik (selbst bei vollständiger Aufgabe des CO2-Vermeidungs-Projektes) die Angebotspreise für Energie im Inland verteuern, ist die gängige These (auch in Ihrer Sendung vorgetragen) widerlegt, „Erneuerbare Energien“ seien nicht teurer als der jetzige Energiemix. Ausserdem werden alle Marktteilnehmer betroffen. Die getroffenen Maßnahmen werden irreversibel sein. Die Zahl der Arbeitsplätze wird sinken, was Volkseinkommen und Steuereinnahmen vermindert. Der Übergang zur Gefahr unter „Viertens“ ist fließend.

Mit freundschaftlichem Gruß bin ich Ihr



Fußnote. Lesermeinungen DS unter dspeth in FAZ.NET

(1) Dr. rer. nat. Siegfried Dittrich schrieb in der FAZ vom 22.12.2008 dieses:

In seinem Leitartikel "Die globale Allmende" (F.A.Z. vom 1. Dezember) versucht Konrad Mrusek, die Leser der F.A.Z. nicht nur in der Meinung zu bestärken, dass die manipulierten Pro-gnosen der Klimainstitute wahrheitsgemäße Aussagen sind, sondern er verharmlost auch noch die extrem hohen Kosten, die mit der politisch geplanten Gegensteuerung verbunden sein werden. Dabei würde der deutsche Verhinderungsanteil an der befürchteten Erderwärmung in dieser Zeit trotz horrender Kosten selbst bei Zugrundelegung der Klimavorhersagen maximal ein hundertstel Grad betragen. Eine umfangreiche Beweisführung einschließlich Fehleranalyse und mehrerer Falsifikationen habe ich in drei Positionspapieren zusammengestellt, die im Internet unter www.eike-klima-energie.eu abgerufen werden können.

Zum Beitrag: Oettinger hält an strikten Energiesparzielen fest

(2) Deutschland muss eine Entscheidung treffen - sonst gefährdet es sich selbst

Deutschland führt in diesem Jahr wiederum mindestens 10% seiner Wirtschaftsleistung (BIP) an das Eurosystem ab. Das sind rd €250Mrd. Ausserdem wachsen unsere Risiken aus EU-Euro-Kapitalhilfen von Tag zu Tag. Das ist nicht länger hinzunehmen, ohne dass wir unsere Existenz gefährden. Also steht die deutsche Politik unter Zugzwang, denn ausser ihr kann es niemand ändern – logisch, denn nur ihre Entscheidungen (vor allem Abschaffung der DMark für den Euro) haben diese Situation herbeigeführt. Folge (1): Deutschland muss, um seinen Aussenhandel ins Gleichgewicht zu bringen, in eine Aufwertungsphase eintreten, wie schon 1969, als der Aussenhandel uns eine eine ähnliche Situation gebracht hatte. Ab 1969 werteten wir die DMark um bis zu 200% auf. Das reale Einkommen des Bürgers lag daraufhin 1990 bei dem 3,2fachen von 1950 – der Nutzen unserer Exportleistungen war beim Bürger angekommen, wo er hingehört (statt wie heute bei Griechenland & Co). Folge (2). Da das mit dem Euro nicht möglich ist, muss Deutschland ausscheiden. 1969 entschieden sich die Niederlande, den Weg mit Deutschland gemeinsam zu gehen. Ich könnte mir vorstellen, dass es auch heute solche Interessenten gibt.

Zum Beitrag: Bedenken gegen neue Kredite für Athen

